



## Presseschau vom 13.01.2022

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, Inr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, Inr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

### Außer der Reihe – Lesetipps:

#### de.rt.com: **Was macht die "wertegeleitete" Außenministerin Baerbock konkret gegen das US-Folterlager Guantanamo?**

Die USA betreiben das Gefangenen- und Folterlager auf Guantanamo seit nunmehr 20 Jahren. Die bisherigen Bundesregierungen reagierten darauf bislang nur mit gelegentlichem Protest. Auch künftig wird sich dies nach Aussagen der Sprecherin des Auswärtigen Amtes auf Nachfrage von RT DE nicht ändern. Man vertraue auf US-Präsident Joe Biden. ... <https://kurz.rt.com/2s6r>

#### Susan Bonath: **Hauptsache Impfpflicht – Regierung will von Widersprüchen nichts wissen**

Kann eine Impfpflicht die Ausbreitung der Corona-Varianten stoppen und Klinikeinweisungen verhindern? Ein Blick in andere Länder und in Deutschlands Daten gibt eine eindeutige Antwort: Nein! Doch das interessiert die Bundesregierung offensichtlich nicht, wie eine Antwort an RT DE nahelegt. ... <https://kurz.rt.com/2s51>

#### de.rt.com: **Keine Gnade für Überläufer: Syrischer Staatsbeamter zu lebenslänglich verurteilt**

Das Oberlandesgericht Koblenz hat am Donnerstag einen ehemaligen Oberst des syrischen

Geheimdienstes wegen angeblicher Folter in Gefängnissen zu lebenslänglicher Haft verurteilt. Das Besondere daran: Anwar R. hat sich 2012 der Opposition angeschlossen. Dennoch wurde ihm seine frühere Stellung zum Verhängnis. ...

<https://kurz.rt.com/2s89>

## **abends/nachts:**

### snanews.de: **US-Vizeaußenministerin lobt Sitzung von Nato-Russland-Rat als „ernst und offen“**

Die US-Vizeaußenministerin Wendy Sherman hat die jüngste Sitzung des Nato-Russland-Rates in Brüssel im Großen und Ganzen hoch eingeschätzt.

„Das war ein ernstes und offenes Gespräch“, sagte die Diplomatin am Mittwoch, nach Abschluss der Verhandlungen der Delegationen der Nordatlantischen Allianz und Russlands in der belgischen Hauptstadt.

„Der russische Vizeaußenminister Alexander Gruschko und der stellvertretende Verteidigungsminister Alexander Fomin haben die Vorschläge Russlands zur europäischen Sicherheit und zur Zukunft der Nato im Detail erläutert.“

#### **Nato rechnet mit weiteren Treffen mit Russland**

Wichtig sei, dass sich Russland nicht geweigert habe, Kontakte zur Allianz auf Vorschlag von Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg fortzusetzen, wenngleich Moskau auch keine Bereitschaft dazu bekundet habe. Ein Dialog und ein diplomatischer Erfolg seien nur bei einer Deeskalation denkbar, so Sherman weiter. Die Nato hoffe darauf, dass es „in nächster Zeit“ zu einem weiteren Treffen mit Vertretern Russlands komme, bei dem die Diskussionen zu Problemen der Sicherheit „vertieft“ würden.

„Bei der Eröffnung des heutigen Treffens äußerte Allianzchef Stoltenberg die Hoffnung, dass der Nato-Russland-Rat bald wieder zusammentreten wird, um die Bereiche tiefgründig zu erörtern, in denen wir Fortschritte bei der Festigung der Sicherheit für alle Seiten erzielen könnten“, sagte Sherman.

Die US-Vizeaußenministerin wiederholte die bereits bekannten Drohungen des Westens, harte Sanktionen gegen Russland im Fall einer Zuspitzung der Ukraine-Krise zu verhängen.

„Wir haben den Russen das klar zu verstehen gegeben und ihnen unumwunden gesagt, dass Moskau im Fall einer Invasion der Ukraine einen erheblichen Preis zahlen wird, und die Folgen deutlich schwerer sein werden als 2014.“ Eine Bedrohung seitens der Ukraine – dieser deutlich kleineren, erst in den Kinderschuhen steckenden Demokratie – sei nicht greifbar, räumte Sherman ein.

Die Delegationen der Nato und Russlands waren am Mittwoch in Brüssel zusammengetreten, um über russische Sicherheitsvorschläge zu beraten. Moskau rechnet laut Delegationschef Gruschko damit, dass die Arbeit an Abkommen über Sicherheitsgarantien für Russland „binnen kurzer Zeit“ aufgenommen werde.



[https://cdn1.snanews.de/img/07e6/01/0c/4986721\\_0:186:3016:1883\\_1920x0\\_80\\_0\\_0\\_ae17940595ee216d36782c0f2b8c4bf0.jpg](https://cdn1.snanews.de/img/07e6/01/0c/4986721_0:186:3016:1883_1920x0_80_0_0_ae17940595ee216d36782c0f2b8c4bf0.jpg)

### wpered.su: **Kommunisten sandten humanitäre Hilfe an Soldaten**

Vertreter der gesellschaftlichen Bewegung „Frauenverband – Nadeshda Donbassa“ und der Union Sowjetischer Offiziere und Verteidiger des Donbass entsandten humanitäre Hilfe für Soldaten, die Dienst am südlichen Bereich der Donezker Volksrepublik tun. Die Güter wurden auf Initiative der Kommunisten von Sneschnoje und Tores gesammelt, teilt ein Korrespondent von „Wperjod“ mit.

„Großen Dank an die Mitarbeiter der Toreser Stadtbibliothek und deren Filiale für die Glückwunschkarten zum Neuen Jahr, Lebensmittel und Konditoreiwaren, Konserven, Kleidung und Medikamente. Die Kinder aus dem Toreser Kindergarten „Romaschka“ haben Päckchen für die Soldaten an der Front zusammengestellt, haben Glückwunschkarten und Bastelarbeiten angefertigt. Von den Soldaten ein großer Gruß und Dank an sie. Und von unseren Genossinnen aus dem Frauenklub in Tores haben wir noch Lebensmittel, Textilien, Hygieneartikel und warme Kleidung übergeben“, erzählte die Vertreterin des Toreser Stadtkomitees der KP der DVR und der örtlichen Organisation der gesellschaftlichen Bewegung „Frauenverband – Nadeshda Donbassa“ Irina Guz.



<http://wpered.su/wp-content/uploads/2022/01/sakhanka-1024x576.jpg>

snanews.de: **Falls Politik versagt: Russland wird Sicherheitsbedrohungen militärisch**

## **abwehren – Außenministerium**

Sollten sich die politischen Methoden als nutzlos erweisen, wird Russland laut dem stellvertretenden russischen Außenminister Alexander Gruschko Maßnahmen ergreifen, um die Bedrohung seiner Sicherheit mit militärischen Mitteln abzuwehren.

„Wir haben eine Reihe gesetzlicher militärtechnischer Maßnahmen, die wir anwenden werden, wenn wir eine echte Bedrohung der Sicherheit sehen, und wir haben bereits das Gefühl, dass unser Territorium als Ziel für gezielte Schlagwaffen in Betracht gezogen wird. Damit können wir natürlich nicht einverstanden sein. Wir werden alle notwendigen Maßnahmen ergreifen, um die Bedrohung mit militärischen Mitteln abzuwehren – wenn es mit politischen nicht mehr möglich ist“, sagte der Diplomat gegenüber Journalisten am Mittwoch, nach den rund vierstündigen Gesprächen des Nato-Russland-Rates in der Nato-Zentrale.

Ihm zufolge haben Russland und die Nato keine verbindende positive Agenda.

„Schließlich ist eines der Elemente dieses ziemlich traurigen Bildes, dass infolge der Nato-Entscheidung jede praktische Zusammenarbeit zwischen uns und dem Bündnis in Zonen von gemeinsamem Interesse ausgesetzt wurde. Heute haben wir keine verbindende positive Agenda, überhaupt keine“, sagte Gruschko.

Russland sei fest davon überzeugt, dass das Prinzip der Unteilbarkeit der Sicherheit die Interessen aller berücksichtigen sollte. Die Versuche, ein solches System ohne Moskau aufzubauen, würden scheitern:

„Eines der Hauptprobleme ist, dass die Nato das Prinzip der Unteilbarkeit der Sicherheit selektiv versteht. In den Augen der Nato existiert es nur für die Mitglieder des Bündnisses. Und in ihrer praktischen Tätigkeit will die Nato die Sicherheitsinteressen der anderen nicht berücksichtigen“, erklärte der Vize-Minister.

Die USA und ihre Verbündeten versuchen ihm zufolge in allen möglichen Bereichen eine Überlegenheit zu erreichen:

„Das sind das Festland, der Luftraum, Seeräume, jetzt auch der Weltraum und Cyberspace. Auf allen möglichen Kriegsschauplätzen“, betonte Gruschko.

Er merkte an, Russland habe ehrlich und direkt darauf hingewiesen, dass eine weitere Verschlechterung der Situation schwerwiegende Folgen für die europäische Sicherheit haben könnte.

## **Verteidigungsministerium: Nato ignoriert Russlands Initiativen**

Die Nato ignoriert laut dem russischen Verteidigungsministerium Russlands Deeskalationsinitiativen, schafft daher Vorbedingungen für Zwischenfälle und Konflikte und untergräbt die Grundlagen der Sicherheit.

Moskau habe in der Sitzung des Nato-Russland-Rates am Mittwoch in Brüssel mehrmals präzisiert, dass es dem Bündnis wiederholt Maßnahmen zur Deeskalation vorgeschlagen habe.

„Seitens des Bündnisses wurden die russischen Initiativen ignoriert. Dies schafft Voraussetzungen für Zwischenfälle und Konflikte und untergräbt die Grundlagen der Sicherheit“, heißt es in einer Erklärung.

Alle Vorschläge Moskaus seien dem Nato-Russland-Rat vorgelegt worden und würden sich auf dem Verhandlungstisch befinden. Die russische Seite rechnet mit einer konstruktiven Diskussion, um so schnell wie möglich zur Vorbereitung von Vereinbarungen über Sicherheitsgarantien für die Russische Föderation zu gelangen



[https://cdn1.snnews.de/img/07e6/01/0c/4987648\\_0:0:2525:1421\\_1920x0\\_80\\_0\\_0\\_a63a061f7b842980a766b4c01cd57ad0.jpg](https://cdn1.snnews.de/img/07e6/01/0c/4987648_0:0:2525:1421_1920x0_80_0_0_a63a061f7b842980a766b4c01cd57ad0.jpg)

**vormittags:**

de.rt.com: **Russland: Mondmission "Luna 25" im Jahr 2022 unser wichtigstes wissenschaftliches Ereignis**

Im Jahr 2022 will Russland mit "Luna 25" erstmals weltweit eine Raumsonde zum Mondsüdpol starten. Der Präsident der Russischen Akademie der Wissenschaften (RAW) Alexander Sergejew verkündete, welche Erkenntnisse sich die russischen Forscher von dieser Mission erhoffen.

Der Start der Forschungssonde "Luna 25" zum Mond und deren geplante Landung am Südpol des Erdtrabanten werden die wichtigsten Meilensteine für die russische Wissenschaft im Jahr 2022 sein. Dies teilte der Präsident der Russischen Akademie der Wissenschaften (RAW) Alexander Sergejew im Interview mit der Nachrichtenagentur TASS mit. Ihm zufolge soll diese Raumfahrt-Mission Russlands Rückkehr zu unserem natürlichen Erdtrabanten erstmals seit den 1970er Jahren markieren. Sergejew fügte hinzu, dass der Sommer 2022 der günstigste Zeitpunkt für den Start der lange vorbereiteten Mission sei.

Der Leiter der RAW zeigte sich zuversichtlich, dass "Luna 25" als erste Raumsonde weltweit eine "sanfte und erfolgreiche" Landung in der Südpolregion des Mondes gelingen werde. Laut dem Wissenschaftler soll dieser Teil des Erdtrabanten die größten Chancen für die Entdeckung von Wasservorkommen bieten, die eine grundlegende Bedeutung für die Gewinnung von Sauerstoff bei der künftigen Erforschung des Mondes haben.

Die Raumsonde "Luna 25" der russischen Raumfahrtbehörde Roskosmos, die früher unter dem Namen "Luna-Glob" entwickelt wurde, soll im Juli 2022 mit einer Sojus-Trägerrakete vom Kosmodrom Wostotschny ins All starten. Ihr Konzept geht auf das sowjetische Luna-Programm zurück, das nach der Mission der letzten sowjetischen Rückkehrsonde der Luna-Serie, "Luna 24" genannt, im Jahr 1976 beendet wurde.

Laut derzeitigen Plänen soll "Luna 25" im Boguslawsky-Krater in der Nähe des Mondsüdpols landen. Die wissenschaftliche Ausrüstung, mit der das Raumschiff für die Mission ausgestattet wird, soll es den Forschern ermöglichen, die Eigenschaften dieses Mondgesteins zum ersten Mal im Detail zu untersuchen.

Der globale Wettlauf um die Erforschung des Mondes hat sich in den vergangenen Jahren verschärft. Die US-Raumfahrtbehörde NASA will im März den ersten Testflug ihrer eigenen Trägerrakete des Space Launch System, kurz SLS, zum Mond mit einer zunächst unbemannten Orion-Kapsel starten und darauf aufbauend im Jahr 2025 bemannte Flüge mit Landungen wieder aufnehmen. In jüngster Zeit hat auch China eine Reihe von Mondmissionen erfolgreich absolviert. In Indien ist für dieses Jahr der Start der dritten Monderkundungs-Mission der Indian Space Research Organisation (ISRO) mit der

Raumsonde Chandrayaan-3 geplant.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.01/article/61dd8c9348fbef106e5f19ce.jpg>

### de.rt.com: **Minsk: Desertierter polnischer Soldat berichtet von Mord an 240 Migranten im Grenzgebiet**

Ein nach Weißrussland geflohener polnischer Grenzsoldat hat die weißrussischen Behörden über die Ermordung von 240 Migranten informiert. Die Menschen seien von der polnischen Armee im polnisch-weißrussischen Grenzgebiet umgebracht worden.

Der nach Weißrussland geflohene polnische Soldat Emil Czezko hat die dortigen Ermittler über die Ermordung von mehr als 240 Migranten an der polnisch-weißrussischen Grenze informiert. Dies teilte das weißrussische Ermittlungskomitee laut der Nachrichtenagentur TASS am Mittwoch mit:

"Während der Ermittlungen in der Strafsache gab Emil Czezko an, dass er und seine Kameraden ab dem 8. Juni 2021 an organisierten Morden im Grenzgebiet und in der Nähe der Siedlung Siemianowka in Polen beteiligt waren. Nach Angaben des Soldaten ist ihm die Ermordung von über 240 Menschen bekannt."

Den Ermittlern zufolge gab Czezko an, dass es sich bei den Opfern um Migranten handelte, die über Polen nach Deutschland reisen wollten, "darunter Frauen und Kinder, sowie zwei Volontäre, die den Ausländern halfen". Laut dem Untersuchungsausschuss sollen polnische Soldaten die Leichen massenweise in speziell vorbereiteten Gruben im Wald verscharrt haben. Um objektive Beweise zu erhalten, seien vom weißrussischen Außenministerium Schritte unternommen worden, um "die entsprechenden internationalen Gremien sowie die Verantwortlichen der Staaten des Nahen Ostens und Afghanistans auf diplomatischem Wege über die Ereignisse zu informieren". Das Komitee hob hervor:

"Das weißrussische Ermittlungskomitee beginnt mit der Sammlung von Informationen und der Erfassung von Fällen des Verschwindens von Bürgern, die nach Westeuropa reisen, insbesondere nach Deutschland."

"Die Ermittler werden alle Verbrechen, die von den polnischen Streitkräften begangen wurden, juristisch bewerten."

Der Ausschuss werde seine Ermittlungen wegen Verbrechen gegen den Frieden und die Sicherheit der Menschheit sowie der Förderung eines Krieges gemäß dem Strafgesetzbuch der Republik Weißrussland fortsetzen.

Emil Czezko, ein Soldat einer Infanteriedivision der polnischen Armee, floh am 16. Dezember 2021 nach Weißrussland und beantragte dort Asyl, da er mit der brutalen Politik Polens gegenüber den Migranten im Grenzgebiet zu Weißrussland nicht einverstanden war. Die polnischen Streitkräfte beschuldigen Czezko der Fahnenflucht und drohen ihm mit

einem Kriegsgericht. Ende vergangenen Jahres wurde Czezko zu einer sechsmonatigen Haftstrafe verurteilt, weil er seine Mutter schikaniert haben soll.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2022.01/article/61dec9ac48fbef14cf7b030b.jpg>

Telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Am 12. Januar 2022 wurden drei Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine festgestellt.

**Donezkij und Molodjoshnoje** wurden mit Mörsern des Kalibers 120mm (8 Geschosse), Granatwerfern (12 Granaten), großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen beschossen.

Informationen über Verletzte und Schäden werden noch ermittelt.

#### snanews.de: **Iran und Venezuela verlieren UN-Stimmrecht wegen rückständiger Mitgliedsbeiträge**

Dem Iran, Venezuela und anderen neun Mitgliedstaaten ist wegen des Zahlungsverzugs ihrer Beiträge zum UN-Betriebshaushalt das Stimmrecht bei der Generalversammlung entzogen worden. Das geht aus einem jüngst veröffentlichten Schreiben des UN-Generalsekretärs Antonio Guterres an das Gremium hervor.

Zu den Ländern, die mit ihren Beitragszahlungen an die Vereinten Nationen im Rückstand seien und somit ihr Stimmrecht mit sofortiger Wirkung verloren hätten, gehören demnach der Iran, Vanuatu, Venezuela, der Inselstaat Antigua und Barbuda, die Komoren, die Republik Kongo, Guinea, Papua-Neuguinea, São Tomé und Príncipe, Somalia und der Sudan.

Vom Iran etwa fehlen laut Guterres umgerechnet rund 15 Millionen Euro, von Venezuela fast 35 Millionen Euro und vom Sudan rund 260.000 Euro. Bei den anderen Ländern sind es kleinere Beträge. Nach der UN-Charta wird eine Mitgliedschaft ausgesetzt, wenn ein Land mit zwei Jahreszahlungen im Rückstand ist.

Die Generalversammlung beschloss jedoch, dass die Komoren, São Tomé und Príncipe und Somalia bis zum Ende der laufenden 67. Tagung in der Versammlung abstimmen dürften.

Der Iran war bereits Anfang Juni 2021 mit ebendiesem Problem konfrontiert gewesen – genauso wie die Komoren, São Tomé und Príncipe und Somalia.

#### **Die Vereinten Nationen**

Laut dem Artikel 19 (Kapitel IV) der Charta der Vereinten Nationen wird dem UN-Mitglied, das mit der Zahlung seiner Finanzbeiträge an die Organisation im Rückstand ist, das Stimmenrecht in der Generalversammlung entzogen, wenn der rückständige Betrag die Höhe der Beiträge erreicht oder übersteigt, die dieses Mitglied für die vorausgegangenen zwei vollen Jahre schuldet.

Die Generalversammlung kann einem solchen Mitglied jedoch das Stimmrecht gewähren, wenn sie davon überzeugt ist, dass die Nichtzahlung auf Umstände zurückzuführen ist, die

außerhalb der Kontrolle des Mitglieds liegen.

Die Vollversammlung ist das zentrale Beratungsorgan der Vereinten Nationen. Hier kommen die Staaten zusammen, um weltpolitische Fragen zu diskutieren. Resolutionen und Beschlüsse der Versammlung sind jedoch für die UN-Mitgliedstaaten völkerrechtlich nicht bindend.



[https://cdn1.snnews.de/img/07e5/0c/18/4802276\\_0:160:3073:1888\\_1920x0\\_80\\_0\\_0\\_799843ae865a7463e94409bed48fa5e8.jpg](https://cdn1.snnews.de/img/07e5/0c/18/4802276_0:160:3073:1888_1920x0_80_0_0_799843ae865a7463e94409bed48fa5e8.jpg)

### **dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum vom 12. Januar 3:00 Uhr bis 13. Januar 3:00 Uhr**

In den letzten 24 Stunden hat die Vertretung der Donezker Volksrepublik im GZKK sieben Verletzungen des unbefristeten Regimes der Feuereinstellung von Seiten der BFU mitgeteilt. Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen:

*Es folgt eine genaue Auflistung der eingesetzten Waffensysteme (Anm. d. Übers.).*

In der Beschusszone von Seiten der BFU befand sich folgende Ortschaften: **Bajrak, Gorlowka (Siedlung des Bergwerks 6/7), Alexandrowka, Nowaja Tawrija, Sachanka, Kominternowo**

Opfer unter der Zivilbevölkerung oder Schäden an ziviler Infrastruktur wurden im Berichtszeitraum nicht festgestellt.

**Die Gesamtzahl der von den BFU eingesetzten Geschosse beträgt 37.**

In den vorangegangenen 24 Stunden wurden 7 Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der BFU festgestellt.

### **de.rt.com: Stoltenberg: NATO an Wiedereröffnung der diplomatischen Vertretungen in Moskau interessiert**

NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg hat die stattgefundenen Gespräche zwischen der NATO und Russland als eine nicht einfache, aber wichtige Diskussion bezeichnet. Stoltenberg zufolge seien sowohl die NATO als auch Russland bereit, den Dialog fortzuführen.

Der NATO-Russland-Rat hat zu einem für die Sicherheit in Europa entscheidenden Zeitpunkt stattgefunden. Dies verkündete der NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg nach rund vierstündigen Beratungen mit Vertretern Russlands in der NATO-Zentrale in Brüssel. Es war das erste Mal seit Juli 2019, dass beide Seiten in diesem Format Gespräche führten.

Im Anschluss an das Treffen betonte Stoltenberg, die NATO sei daran interessiert, ihre Mission in Moskau sowie die diplomatische Präsenz Russlands in der NATO-Zentrale in Brüssel wiederherzustellen. Weiter hieß es:

"Wir bedauern, dass Russland seine diplomatische Vertretung bei der NATO und das NATO-Büro in Moskau geschlossen hat. Wir haben klar gemacht, dass wir sowohl die russische

Mission bei der NATO als auch das NATO-Büro in Moskau wiederherstellen möchten, weil wir an einen Dialog glauben."

Nach Angaben des NATO-Generalsekretärs gebe es auch von russischer Seite die grundsätzliche Bereitschaft, den Dialog fortzuführen und einen Zeitplan für weitere Treffen auszuloten:

"Es ist ein positives Zeichen, dass alle NATO-Verbündeten und Russland am gleichen Tisch saßen und sich substanziellen Themen gewidmet haben."

Die Diskussion sei nicht einfach gewesen, gerade deswegen sei das Treffen aber auch so wichtig gewesen, erklärte Stoltenberg. Er wies auch darauf hin, dass es weiterhin "erhebliche Meinungsverschiedenheiten" zwischen der NATO und Russland in Hinblick auf die Ukraine gebe. Diese würden, so der Generalsekretär, nicht leicht zu überwinden sein.

Stoltenberg zufolge seien der angebliche Aufmarsch russischer Truppen an der Grenze zur Ukraine und die Forderungen Moskaus nach neuen Sicherheitsgarantien der NATO ausführlich diskutiert worden. Konkret fordert Moskau unter anderem den Verzicht der NATO auf eine weitere Ausdehnung nach Osten sowie den Rückzug von Streitkräften aus östlichen Bündnisstaaten. Stoltenberg sagte nach dem Treffen, die Alliierten hätten die "Politik der offenen Tür" der NATO bekräftigt. Jeder Staat habe demnach das Recht, selbst über seine Sicherheitsstrukturen zu entscheiden.

Das Treffen des NATO-Russland-Rates in Brüssel war die zweite Phase der Konsultationen zwischen Russland und den Bündnisstaaten über Moskaus Vorschläge zur Verbesserung der Sicherheitslage in Europa. Die erste Phase, Gespräche zwischen Russland und den USA, wurde am 10. Januar in Genf abgehalten. Die dritte Phase im Rahmen der OSZE soll heute in Wien stattfinden.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.01/article/61def06848fbef031e48c475.jpg>

### snews.de: **Russland fordert vom Westen „schriftliche Antwort“ auf Sicherheitsvorschläge**

Nach den Gesprächsrunden mit den USA und der Nato hat Russland eine schriftliche Antwort auf seine Anregungen zur europäischen Sicherheit gefordert. Laut dem russischen Botschafter in Washington Anatoli Antonow gehen den Vereinigten Staaten die Argumente aus, daher greifen sie zu Sanktionsdrohungen.

„Wir haben unsere Vorschläge dazu, wie man aus der Krise kommen könnte, vorgelegt und diese am 10. Januar in Genf sowie am 12. Januar beim Russland-Nato-Rat in Brüssel erläutert“, sagte Antonow mit Blick auf die jüngsten Forderungen Moskaus nach Sicherheitsgarantien.

„Nun warten wir auf eine adäquate Reaktion, und zwar auf argumentierte Gegenvorschläge in schriftlicher Form, nicht in Form populistischer Statements.“

Als eine „Provokation ohne Perspektive“ bezeichnete der Botschafter den vom US-Senat veröffentlichten Gesetzentwurf mit neuen harten Sanktionen, die sich unter anderem gegen russische Staatsanleihen und wichtige Wirtschaftssektoren richten. Ziel der Strafmaßnahmen, die im Falle eines russischen Einmarsches in die Ukraine verhängt werden sollen, sind auch Präsident Wladimir Putin und Regierungschef Michail Mischustin.

Die Sanktionsandrohung lasse auf die Unfähigkeit der USA schließen, ihren Standpunkt am Verhandlungstisch mit Argumenten zu untermauern, urteilte Antonow. „Wir lassen uns von Restriktionen nicht einschüchtern.“

Der Diplomat betonte, dass Russland keine Aggression gegen die Ukraine plane: „Die Behauptungen, dass unser Land einen angeblichen Angriffsplan gegen den Nachbarstaat schmiedet, sind kranke Phantasien russophober Kreise“ in den USA. „Es entsteht der Eindruck, dass amerikanische Politiker den Mythos von einer unvermeidlichen russischen Intervention in der Ukraine in die Presse gesetzt haben und nun ihre eigenen Phobien überwinden müssen“, fügte er hinzu.

Russland wolle keine Konfrontation, sondern strebe „pragmatische Beziehungen auf Augenhöhe“ mit den Vereinigten Staaten an, betonte der Botschafter. Er rief amerikanische Politiker dazu auf, von Drohungen abzusehen.

Russland hatte Ende 2021 Entwürfe für zwei Abkommen mit den USA und der Nato veröffentlicht. Darin geht es unter anderem darum, dass die Nato garantieren soll, dass weder die Ukraine noch andere postsowjetische Staaten ins Bündnis aufgenommen werden. Außerdem sind gegenseitige Sicherheitsgarantien wie die Nichtstationierung von Kurz- und Mittelstreckenraketen in der Reichweite voneinander vorgesehen. Am Montag wurde darüber bei einem russisch-amerikanischen Treffen in Genf und am Mittwoch beim Russland-Nato-Rat in Brüssel diskutiert. Am heutigen Donnerstag soll die Diskussion bei der OSZE in Wien fortgeführt werden.



[https://cdn1.snanews.de/img/07e5/0a/13/4022534\\_0:94:3309:1955\\_1920x0\\_80\\_0\\_0\\_44103924bd446c4e041afcd6c1317525.jpg](https://cdn1.snanews.de/img/07e5/0a/13/4022534_0:94:3309:1955_1920x0_80_0_0_44103924bd446c4e041afcd6c1317525.jpg)

### de.rt.com: **Einkäufer für Pjöngjang? USA verhängen Sanktionen gegen russische und nordkoreanische Personen**

Das US-Finanzministerium hat Sanktionen gegen sechs Nordkoreaner sowie einen russischen Staatsangehörigen und ein russisches Unternehmen verhängt. Die Behörde wirft ihnen die "Verbreitung von Massenvernichtungswaffen" vor.

Washington gab am Mittwoch neue Ziele für weitere Sanktionen bekannt. Man bezeichnete die schwarze Liste als Teil der "laufenden Bemühungen zur Bekämpfung von Massenvernichtungswaffen und der ballistischen Raketenprogramme der Demokratischen Volksrepublik Korea".

Mit den Sanktionen wolle man Nordkoreas Vorgehen, bei dem es "Vertreter im Ausland

einsetzt, um sich illegal Komponenten für Waffen zu beschaffen", ins Visier nehmen, so Brian Nelson, der Unterstaatssekretär im Finanzministerium der Vereinigten Staaten.

Unter anderem wird Choe Myong Hon, ein nordkoreanischer Staatsangehöriger mit Sitz in Wladiwostok (Russland), beschuldigt, der im Jahr 2010 von den USA sanktionierten nordkoreanischen Zweiten Akademie der Naturwissenschaften (SANS) russische "telekommunikationsbezogene Ausrüstung" geliefert zu haben.

Gegen vier in China ansässige Nordkoreaner wurden ebenfalls Sanktionen verhängt, weil sie angeblich Stahllegierungen, Software, Chemikalien und andere Komponenten für das Raketenprogramm Pjöngjangs beschafft haben sollen: Sim Kwang Sok und Pyon Kwang Chol in Dalian, sowie Kim Song Hun und Kang Chol Hak in Shenyang.

Der in Moskau ansässige O Yong Ho wurde zusammen mit dem russischen Staatsbürger Roman Anatoljewitsch Alar und dem Moskauer Unternehmen Parsek LLC wegen angeblicher "Aktivitäten oder Transaktionen, die wesentlich zur Verbreitung von Massenvernichtungswaffen oder deren Trägermitteln durch die Demokratische Volksrepublik Korea beigetragen haben" ebenfalls mit Sanktionen belegt.

Das US-Finanzministerium erklärte, seine Maßnahmen seien eine Reaktion auf die sechs Starts ballistischer Raketen durch Nordkorea seit September 2021, die jeweils gegen die Resolutionen des UN-Sicherheitsrats verstießen. Der jüngste Start fand am Dienstag statt, wobei Pjöngjang behauptete, eine Hyperschallrakete erfolgreich abgefeuert zu haben.

Im Rahmen der Sanktionen wird jeglicher Besitz der genannten Personen in den USA beschlagnahmt. Wer mit den genannten Personen oder Einrichtungen Geschäfte tätigt, kann ebenfalls mit US-Sanktionen belegt werden, so die Behörde.

**Lug-info.com: In der LVR sind am 13. Januar um 9:00 Uhr 21.834 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert und bestätigt.**

**369 Personen sind derzeit erkrankt, 18.357 Personen nach zwei negativen Tests als vollständig genesen entlassen.**

**Seit Beginn der Pandemie gibt es 3108 Todesfälle.**

**de.rt.com: Russischer Vizeaußenminister Gruschko: NATO verhält sich kontraproduktiv**

Eine weitere Verschlechterung der Sicherheitslage in Europa könnte unvorhersehbare Folgen haben, so der stellvertretende russische Außenminister am Rande der Sitzung des NATO-Russland-Rates. Die NATO vernachlässige die Sicherheitsinteressen anderer Staaten.

Russland habe die NATO "direkt und ohne Umwege über politisch korrekte Formeln" darauf hingewiesen, dass eine weitere Verschlechterung der Sicherheitslage in Europa zu unvorhersehbaren und schlimmen Folgen für die Sicherheit in Europa führen könnte. Dies sagte der stellvertretende russische Außenminister Alexander Gruschko bei einer Pressekonferenz am Rande der Sitzung des NATO-Russland-Rates am Mittwoch in Brüssel. Ihm zufolge sei Russland mit diesem Szenario nicht einverstanden und wolle die Situation mithilfe von Maßnahmen angehen, die es der Allianz unterbreitet hatte.

Das Treffen, so Gruschko ferner, habe sich der Analyse jener Faktoren gewidmet, die die europäische Sicherheit in den vergangenen Jahren beeinträchtigt haben. Laut dem russischen Vizeaußenminister zählt dazu die Rückkehr der NATO zur Politik des Kalten Krieges:

"Im Mittelpunkt der NATO-Politik und des militärischen Aufbaus steht die Aufgabe, Russland zu mäßigen. Dafür werden enorme Ressourcen bereitgestellt und man macht keinen Hehl daraus, dass dies das Hauptziel des Bündnisses ist."

Der Diplomat betonte, dass Russland und die NATO gegenwärtig durch keine gemeinsame positive Agenda miteinander verbunden seien.

Mit ihrer militärischen Aufrüstung würden die USA und ihre Verbündeten eine Überlegenheit auf allen möglichen Kriegsschauplätzen – zu Lande, zu Wasser und in der Luft sowie im Weltall und im Cyberraum – anstreben, sagte Gruschko. Dabei werde die Obergrenze für den

Einsatz von Atomwaffen konzeptuell und technisch gesenkt. Besonders große Sorge bereite Moskau die Tatsache, dass in den Szenarien verschiedener Militärübungen eine nukleare Komponente eingeführt werde.

Eines der Hauptprobleme in den Beziehungen mit der NATO sah Gruschko in der selektiven Art und Weise, in der die Allianz das Prinzip der Unteilbarkeit der Sicherheit interpretiere: "In den Augen der NATO gilt es nur für die Mitglieder des Bündnisses. Und in ihrer praktischen Tätigkeit will die NATO die Sicherheitsinteressen anderer Staaten nicht berücksichtigen."

Russland gehe fest davon aus, dass die Vernachlässigung der Sicherheitsinteressen von Drittstaaten, insbesondere die der Russischen Föderation, die gemeinsame Sicherheit unterminiere:

"Die Versuche, Sicherheit gegen Russland ohne die Beteiligung Russlands aufzubauen, sind kontraproduktiv und zum Scheitern verurteilt. Wir werden das nicht zulassen."

Sollte die NATO eine Mäßigungs- oder Abschreckungspolitik gegenüber Russland betreiben, werde Russland darauf mit einer Politik der Gegenmaßnahmen beziehungsweise Abschreckung antworten, erklärte Gruschko. Dies sei der einzige mögliche Weg, solange Moskau und Brüssel die gefährliche Entwicklung der aktuellen Lage nicht mit anderen Mitteln umkehren können.

Das Gespräch bei der Sitzung des NATO-Russland-Rates bezeichnete der stellvertretende russische Außenminister als vertraulich und offen. Er betonte aber, dass dabei "viele Meinungsverschiedenheiten in grundlegenden Fragen" zwischen den Verhandlungspartnern aufgedeckt worden seien. Gruschko zog Bilanz:

"Heute haben viele erkannt, dass diese Geschichte früher oder später zu Ende gehen wird und dass es unterschiedlich ausfallen kann. Wir sind dafür, aus dieser Situation mit friedlichen Mitteln herauszukommen, wiederum auf der Grundlage eines vernünftigen Gleichgewichts."



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.01/article/61df43db48fbef036e3d12bb.jpg>

Mzdnr.ru: Am 12. Januar wurden in der DVR 1137 Tests auf Coronavirusinfektion durchgeführt, davon waren 201 positiv, bei 34 Patienten wurde die Diagnose Covid-19 klinisch gestellt.

In den letzten 24 Stunden wurden 47 Fälle von Lungenentzündung entdeckt, 14 weniger als am vorangegangenen Tag. Davon wurden 32 ins Krankenhaus eingewiesen.

Insgesamt sind 653 Personen mit Lungenentzündung in Behandlung, davon 569 mit Sauerstoffunterstützung (+11 in den letzten 24 Stunden).

Am 13. Januar um 9:00 Uhr sind in der DVR insgesamt 120.042 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert.

2086 Patienten sind derzeit in Behandlung (stationär und ambulant), 108.607 als gesund entlassen, es gibt 9349 Todesfälle.

### snews.de: „Ein Schwergewicht“ gegen Autokratie: Baerbock wirbt für gemeinsamen EU-Kurs gegenüber Russland

Die deutsche Außenministerin Annalena Baerbock hat bei der Lösung der Ukraine-Krise eine starke Rolle Europas angemahnt und die Europäische Union aufgefordert, im Umgang mit Russland geschlossen aufzutreten.

Dies sei „besonders wichtig, weil ureigene Interessen der EU berührt sind – von der Souveränität und territorialen Unversehrtheit unabhängiger Staaten über Fragen der politischen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen EU und Russland bis hin zur Sicherheitslage an den EU-Außengrenzen“, erklärte die Grünen-Politikerin am Donnerstag laut der Agentur Reuters.

Vor ihrer Abreise zu einem EU-Außenministertreffen im französischen Brest betonte Baerbock zudem die Bedeutung europäischer Geschlossenheit.

„Gerade gegenüber autokratischen Akteuren wie Russland und China ist wichtig: Wenn Europa einen gemeinsamen Kurs fährt und geschlossen auftritt, ist es ein Schwergewicht – agiert es dagegen gespalten, kämpft es unter seiner Gewichtsklasse“, zitierte die Deutsche Presse-Agentur.

Bei dem Treffen wollen die EU-Minister laut der DPA über die Pläne für ein neues sicherheitspolitisches Konzept der Europäischen Union sprechen. Ein im vergangenen November vorgelegter Entwurf sieht unter anderem den Aufbau einer zügig einsetzbaren Eingreiftruppe aus bis zu 5000 Soldaten vor. Zudem wird erwartet, dass die Außenminister in einer separaten Sitzung über die von Russland gewünschten Verhandlungen über neue Sicherheitsvereinbarungen für Europa und die Rolle der EU dabei sprechen.

Am Mittwoch hatte der Nato-Russland-Rat erstmals seit gut zwei Jahren wieder getagt, um über die bestehenden Spannungen zwischen beiden Seiten zu beraten. Eine Annäherung gab es aber nicht, die Gespräche sollen fortgesetzt werden.

Westliche Staaten werfen Russland seit Wochen vor, Streitkräfte vor der ukrainischen Grenze zusammengezogen zu haben, was sie als ein Anzeichen für eine bevorstehende Intervention deuten. Moskau bestreitet die angeblichen Einmarschpläne. Russland seinerseits sieht sich durch das Heranrücken der Nato an seine Grenzen bedroht und hat Sicherheitsgarantien gefordert. Das transatlantische Militärbündnis solle unter anderem garantieren, dass die Ukraine oder andere postsowjetische Staaten nicht in die Nato aufgenommen werden. Dies lehnt die Allianz ab.



[https://cdn1.snews.de/img/07e6/01/0d/4991573\\_0:0:2873:1617\\_1920x0\\_80\\_0\\_0\\_30e78f5f0538a1dc4fece237228a7952.jpg](https://cdn1.snews.de/img/07e6/01/0d/4991573_0:0:2873:1617_1920x0_80_0_0_30e78f5f0538a1dc4fece237228a7952.jpg)

## snanews.de: **OVKS-Friedensmission: Russland übergibt Objekte und bereitet Abzug aus Kasachstan vor**

Eine Woche nach der Entsendung der OVKS-Friedenstruppen in die von gewaltsamen Protesten erschütterte Ex-Sowjetrepublik Kasachstan hat am Donnerstag die Übergabe von lebenswichtigen Objekten an die Behörden begonnen. Darüber berichtete das russische Verteidigungsministerium.

Die von Russland geführte Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit (OVKS) übergab nach Angaben des Verteidigungsministeriums in Moskau den kasachischen Behörden „sozial wichtige Objekte“.

Die Einheiten der kollektiven Friedenstruppen der OVKS in der Republik Kasachstan beginnen nun mit der Vorbereitung von Ausrüstung und Material für das Verladen in die Flugzeuge der Militärtransportluftfahrt der russischen Luft- und Raumfahrtstreitkräfte sowie Die von der OVKS so bezeichneten Friedenstruppen hatten auf Bitten des Präsidenten des zentralasiatischen Landes Kassym-Schomart Tokajew in den vergangenen Tagen dabei geholfen, die verfassungsmäßige Ordnung in der Millionenstadt Almaty und anderen Regionen wiederherzustellen.

Der kasachische Staatschef hat den ersten Einsatz dieser Art als „erfolgreich“ bezeichnet und sich bei seinen Amtskollegen sowie der Kommandoführung des Kontingents für die geleistete Arbeit bedankt. Ihm zufolge spielte die Präsenz des OVKS-Friedenskontingents in Kasachstan eine sehr wichtige Rolle bei der Stabilisierung der Lage im Land.

### **Russland fliegt auch Zivilisten aus**

Die Rückverlegung der Soldaten aus Russland, Belarus, Armenien, Tadschikistan und Kirgistan soll zehn Tage lang dauern. Nach Angaben des russischen Verteidigungsministeriums erfolgt sie in enger Abstimmung mit der kasachischen Seite. Es liefen zudem Vorbereitungen dafür, dass die Militärtechnik sowie andere Spezialmittel wieder an ihre Standorte zurückverlegt würden, hieß es.

Russland hat nach den jüngsten Angaben des Verteidigungsministeriums in den vergangenen Tagen insgesamt 2241 Zivilisten ausgeflogen – darunter neben eigenen Staatsbürgern auch Ausländer. Am 12. Januar wurden 146 russische Staatsbürger aus Kasachstan mit einem Militärtransportflugzeug der russischen Luft- und Raumfahrtstreitkräfte nach Moskau gebracht. ...



[https://cdn1.snanews.de/img/07e6/01/0b/4962847\\_0:0:1280:720\\_1920x0\\_80\\_0\\_0\\_4e0ea99697b1fed417e35dd80f8f0060.jpg](https://cdn1.snanews.de/img/07e6/01/0b/4962847_0:0:1280:720_1920x0_80_0_0_4e0ea99697b1fed417e35dd80f8f0060.jpg)

**nachmittags:**

de.rt.com: **Finger weg vom Militär – Überparteiliche Koalition fordert von Biden Diplomatie statt Militär**

Über 100 ehemalige US-Beamte und führende Wissenschaftler fordern von der Biden-Administration, jeglichen Forderungen nach militärischen Maßnahmen gegen Russland zu widerstehen. Es gelte, einen strategischen Dialog zu führen und vom Kreml geforderte Sicherheitszusagen zu respektieren.

Nach den jüngsten Gesprächen mit der Nato hat Russland fehlendes Entgegenkommen der Allianz beklagt. Laut dem stellvertretenden Außenminister Gruschko, zeigt das Militärbündnis keine Bereitschaft, die Sicherheitsinteressen anderer Staaten zu berücksichtigen.

NATO-Generalsekretär Stoltenberg erklärte am Mittwoch, die Verhandlungen auf der Tagung des NATO-Russland-Rates seien schwierig gewesen. "Wir hatten ein sehr ernstes und direktes Gespräch zum Thema Ukraine." Zu der Frage eines Journalisten, ob er das Risiko eines bewaffneten Konflikts sehe, sagte Stoltenberg "Es besteht ein reales Risiko eines bewaffneten Konflikts in Europa, aber deshalb sind das heutige Treffen und alle anderen, die in dieser Woche stattfinden, so wichtig." Er bekräftigte jedoch auch, dass das Bündnis nicht bereit sei, gewisse Kompromisse, so bei 'Grundprinzipien der europäischen Sicherheit', einzugehen. Die Gefahr eines bewaffneten Konflikts sahen mehrere US-Verbündete voraus und sandten bereits Waffen gen Kiew, während der ukrainische Botschafter in Berlin gar von einer moralischen Pflicht Deutschlands sprach, den Ukrainern unter anderem durch militärische Hilfe beizustehen. Auch Stimmen aus dem Umfeld des Atlantic Council und anderen Institutionen, die nicht unerheblich aus der US-Rüstungsindustrie finanziert werden, haben ihren Ruf nach schärferen Maßnahmen gegenüber Moskau schon lange vor den Gesprächen in dieser Woche deutlich gemacht. US-Militär-Berater aus dem Pentagon, Chris Rizzo und Todd Brown sind Medienberichten zufolge zwischenzeitlich direkt in das Verteidigungsministerium der Ukraine eingestiegen.

Derweil spricht sich in den USA eine wachsende überparteiliche Koalition verschiedener Denkfabriken, Politik-Experten und Wissenschaftlern in einem Schreiben an US-Präsident Biden dafür aus, jeglichen Forderungen nach militärischen Maßnahmen gegen Russland zu widerstehen. Die Gruppe fordert, dass die US-Regierung an ihrem Versprechen der Diplomatie festhält, die NATO-Erweiterung stoppt und sich weigert, Truppen in die Ukraine zu schicken. Das Weiße Haus solle die Minsker Vereinbarungen weiterverfolgen, die eine Entmilitarisierung der ostukrainischen Donbass-Region und eine sinnvolle politische Autonomie der Region bei gleichzeitiger Wahrung der ukrainischen Souveränität über das Gebiet und seine Grenzen vorsehen.

Insbesondere Deeskalation sei der Schlüssel, schrieben die unterzeichnenden Organisationen, und betonten zugleich die Notwendigkeit, die NATO-Erweiterung zu stoppen und sich Forderungen nach der Entsendung von US-Truppen zur Verteidigung der Ukraine zu widersetzen. Dieser Weg sei notwendig, um einen militärischen Konflikt abzuwenden, der "den Interessen der Vereinigten Staaten schadet, unschuldige Zivilisten in der Ukraine verletzt und zu einem potenziell katastrophalen Krieg zwischen den beiden führenden Atommächten der Welt führen könnte."

Vielmehr sei es an der Zeit, einen strategischen Dialog mit Russland zu führen, "der sich mit den tieferen Ursachen von Misstrauen und Feindseligkeit befasst" und gleichzeitig russische Militärangriffe verhindert. Diese Dialoge müssen mit dem ausdrücklichen Streben des russischen Präsidenten Putin nach "zuverlässigen und langfristigen Sicherheitsgarantien" einhergehen, die "weitere NATO-Bewegungen nach Osten und die Stationierung von Waffensystemen, die uns bedrohen, in unmittelbarer Nähe des russischen Territoriums ausschließen".

Die Unterzeichner begrüßen, dass die Biden-Administration Forderungen nach einer Stationierung von US-Truppen in oder um die Ukraine zum Schutz vor einem möglichen russischen Einmarsch zurückgewiesen haben und erklären, dass ein solches Vorhaben "nicht zur Debatte steht." Dahingehend sei es korrekt gewesen, zu betonen, dass sich die "moralische

[und] rechtliche Verpflichtung gegenüber unseren NATO-Verbündeten" gemäß Artikel 5 "nicht auf [...] die Ukraine erstreckt."

Um einen für alle Seitenrisikoreichen Konflikt zu vermeiden, sollten die Vereinigten Staaten eine Politik verfolgen, die eine weitere Ausweitung der NATO ablehnt.

Sie verweisen auf die Begründung des US-Präsidenten Obama, militärische Unterstützung an die Ukraine aus den USA zu untersagen, da das Land allein schon aufgrund der geografischen Lage ein zentrales nationales Sicherheitsinteresse für Russland sei, und Moskau daher immer ein stärkeres Interesse an der Ukraine haben wird als die Vereinigten Staaten.

Diplomatie ist der einzig vernünftige Weg für die Beziehungen zwischen den USA und Russland, sind die Autoren des Briefes überzeugt.



<https://cdn.rtd.com/deutsch/images/2022.01/article/61dfdb95b480cc7d457df930.jpg>

### de.rtd.com: **Mit grünem Segen? Bundeswehreinsatz über Syrien endet und wird im Irak verlängert**

Am Freitag stimmt der Bundestag über die Verlängerung des Einsatzes der Bundeswehr im Irak ab. Als Oppositionspartei verweigerten die Grünen im Herbst 2020 diesem Auslandseinsatz noch ihre Zustimmung. Wie entscheiden sie sich als Regierungspartei? Auf der Internetseite der Bundeswehr heißt dieser Einsatz "Die Bundeswehr in Jordanien, über Syrien und im Irak". Noch, denn gerade der Einsatz im Himmel über Syrien ohne Zustimmung dieses UNO-Mitgliedstaats und ohne Mandat des UN-Sicherheitsrates ist völker- und verfassungsrechtlich in hohem Maße bedenklich.

Der Einsatz begann 2015 mit dem verkündeten Ziel, das Vordringen der Terrororganisation "Islamischer Staat" zu stoppen. Das derzeitige Mandat, vom Bundestag zuletzt im Jahr 2020 verlängert und bis zum 13. Januar 2022 befristet, erlaubt den Einsatz von bis zu 500 Soldaten der Bundeswehr in Jordanien, dem Irak und eben über Syrien. Aktuell dürften es zwischen 250 und 280 Deutsche sein, die in zwei Missionen, benannt Operation Counter Daesh (Daesh ist die amerikanische Bezeichnung des "Islamischen Staates") und Capacity Building Iraq, entweder kurdische Kämpfer ausbilden, den Luftraum überwachen oder mit einem Tankflugzeug Kampfjets anderer NATO-Staaten betanken. Stationiert sind sie hauptsächlich in Jordanien.

Das auslaufende Mandat soll nun verlängert werden. Doch ausgerechnet die Grünen, die ihre friedenspolitische Unschuld bereits 1999 verloren haben, als der grüne Außenminister Fischer die Bundeswehr in den ersten Kriegseinsatz ihrer Geschichte steuerte, zieren sich bislang, die Zustimmung zur Verlängerung zu erteilen. Bei der letztmaligen Abstimmung über die Verlängerung am 29. Oktober 2020 stimmte die Fraktion der Grünen – damals in der Opposition – geschlossen dagegen.

Wie damals wird auch bei der Abstimmung am Freitag eine Mehrheit aus CDU/CSU, der SPD und der FDP für den Einsatz stimmen. Für die Ampelkoalition und Bundeskanzler Olaf

Scholz ist das Erreichen einer Mehrheit aus eigener Kraft von besonderer symbolischer Bedeutung: War die nach außen getragene Einigkeit der Koalitionäre echt, hält sie der ersten Bewährungsprobe stand?

Um den grünen Abgeordneten das Einhalten der Koalitionsdisziplin und die abermalige Missachtung der früheren pazifistischen Grundsätze leichter von der Hand gehen zu lassen, wird der rechtlich problematischste Teil des Einsatzes – der über syrischem Gebiet – aus dem Mandat gestrichen. Außerdem soll das Mandat dieses Mal "nur" um 9 Monate verlängert werden.

Damit ist nur ein Teil der Kritik und der Fragen an diesen Einsatz, die die Grünen im Herbst 2020 zu Ablehnung der Mandatsverlängerung bewogen haben, beantwortet. In der Bundestagsdebatte am 29. Oktober 2020 begründete der Abgeordnete Tobias Lindner, der für die Fraktion Bündnis90/Die Grünen sprach, die Ablehnung seiner Fraktion mit der Rechtswidrigkeit auch des Irak-Einsatzes: Er finde außerhalb der Systeme kollektiver Sicherheit statt und habe keine völkerrechtliche Grundlage. Überdies hielt man ihn damals für untauglich, für Frieden im Irak zu sorgen. Was sich an beiden Punkten verändert hätte, wenn man nicht mehr völkerrechtswidrig über Syrien fliegt, wird die Fraktion der Grünen am Freitag beantworten. Oder auch nicht.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2022.01/article/61df2aea48fbef031a2f0dec.jpg>

### de.rt.com: **Differenzen in Schlüsselfragen: Kreml hält bisherige Verhandlungen mit USA für "misslungen"**

Der Kreml zeigt sich nach den Sicherheitsverhandlungen zwischen Russland, den USA und der NATO enttäuscht. Kremlsprecher Dmitri Peskow hat die bisherigen Gesprächsrunden mit Vertretern der USA als misslungen bezeichnet, hofft aber auf eine Fortsetzung des Dialogs. Der Sprecher des russischen Präsidenten, Dmitri Peskow, hat am 13. Januar die bisherigen Sicherheitsverhandlungen zwischen Russland, den USA und der NATO kommentiert. Dabei ließ er sich eine gewisse Enttäuschung über den Verlauf der Gespräche anmerken. Die bisherigen Verhandlungsrunden mit Vertretern der USA hielt der Kremlsprecher für misslungen. Diese Einschätzung äußerte Peskow, als er mögliche persönliche Sanktionen gegen Staatschef Wladimir Putin kommentierte:

"Wir schätzen das Auftauchen solcher Dokumente und solche Erklärungen natürlich äußerst negativ ein, insbesondere vor dem Hintergrund der andauernden Gespräche, die zwar misslungen, aber dennoch Gespräche sind."

Sollte die Initiative von US-Senatoren tatsächlich angenommen werden, wäre dies eine maßlose Maßnahme, die einem Abbruch der Beziehungen gleichkäme, betonte der Sprecher des russischen Präsidenten.

Zugleich fand Peskow sowohl auf der ersten Verhandlungsrunde mit den USA am 9. und 10.

Januar in Genf als auch bei den Gesprächen mit der NATO am 12. Januar in Brüssel gewisse positive Momente. Dennoch seien sie nicht das Hauptziel der Beratungen gewesen. Der Anlass für diese dringenden Sitzungen sei ein anderer gewesen.

"Die Verhandlungen wurden initiiert, um konkrete Antworten auf konkrete prinzipielle Fragen zu bekommen. In diesen prinzipiellen Fragen wurden Differenzen festgestellt. Das ist schlimm."

Der Kremlsprecher erklärte allerdings, Russland rechne damit, binnen einiger Tage von der Gegenseite eine schriftliche Stellungnahme mit konkreten Formulierungen zu erhalten. Moskau höre die Versicherungen der NATO, dass sich die Allianz nicht mehr erweitern werde. Gleichzeitig umwerbe das Militärbündnis neue Länder wie Finnland und Schweden. In einigen Teilnehmerstaaten gebe es Forderungen, das NATO-Kontingent auf ihrem Territorium aufzustocken. In diesem Zusammenhang wies Peskow darauf hin, dass Russland seine Truppen auf seinem eigenen Boden verlege.

"Wenn die NATO uns diktieren will, wie und wohin wir unsere Streitkräfte auf dem russischen Territorium verlegen sollen, so ist es kaum möglich. Wir sprechen hier vom russischen Territorium."

Nichtsdestoweniger plädierte der Kremlsprecher dafür, den Dialog fortzusetzen. Die Regierung in Moskau habe schon immer genug politischen Willen dafür aufgewiesen – im Unterschied zur Gegenseite. Gleichzeitig schloss Peskow den Dialog um des Dialogs willen aus:

"In diesen prinzipiellen Fragen kann es keinen Prozess um des Prozesses willen geben. Da soll es ein konkretes Ergebnis, eine konkrete Antwort geben."

Im Dezember 2021 hatte Russland von den USA und der NATO Sicherheitsgarantien gefordert und einen Abkommensentwurf veröffentlicht. Moskau forderte unter anderem schriftliche Versicherungen, dass sich das westliche Militärbündnis nicht mehr nach Osten erweitern würde. Am 9. und 10. Januar verhandelten eine russische und eine US-amerikanische Delegation in Genf. Am 12. Januar fand in Brüssel eine Sitzung des Russland-NATO-Rates statt.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.01/article/61e0274cb480cc4fa2217ce6.jpg>

armiyadnr.su: **Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz am 13.01.2022**

**In den letzten 24 Stunden wurden sieben Verletzungen des Komplexes von Zusatzmaßnahmen zur Kontrolle der Einhaltung des Regimes der Feueereinstellung von Seiten der ukrainischen Kämpfer festgestellt.**

**In Richtung Gorlowka haben Strafruppen der 30. mechanisierten Brigade von den Positionen im Gebiet von Nowoluganskoje aus Bajrak mit Antipanzer- und automatischen Granatwerfern beschossen und 13 Granaten abgefeuert.**

**Besatzer aus der 95. Brigade haben von den Positionen im Bereich von Majorsk zweimal die**

**Siedlung des Bergwerks 6/7** beschossen und sechs Granaten mit Antipanzergranatwerfern abgefeuert und Schusswaffen eingesetzt.

In **Richtung Donezk** haben Kämpfer der 54. mechanisierten Brigade von den Positionen im Gebiet von Marjinka aus das Feuer mit Antipanzergranatwerfern auf **Alexandrowka** eröffnet und fünf Granaten abgefeuert.

In **Richtung Mariupol** haben Strafruppen der 36. Brigade von den Positionen im Gebiet von Wodjanoje, Schirokino und Talakowka aus Wohngebiete von **Nowaja Tawrija, Sachanka** und **Kominternowo** mit Antipanzergranatwerfern beschossen und 13 Granaten auf die Ortschaften abgefeuert.

Es wurde festgestellt, dass in Verletzung des dritten Punktes der Zusatzmaßnahmen sechs Stück **Waffen und Militärtechnik der BFU** in drei Ortschaften auf dem von Kiew kontrollierten Territorium stationiert sind.

Aus dem Bestand der 53. mechanisierten Brigade:

ein Abwehrraketekomplex 9K33 „Osa“ in der Nähe von Wohnhäusern in Andrejewka.

Aus dem Bestand der 36. Marineinfanteriebrigade:

ein 122mm-Mehrfachraketenwerfer BM-21 „Grad“ und drei 152mm-Haubitzen 2S3 „Akazija“ in einem Wohngebiet von Mangusch;

ein Raketenkomplex der Klasse „Erde-Luft“ S-300 in der Nähe von Wolodarskoe.

Außerdem haben Kämpfer der 53. Brigade **eine Drohne der OSZE-Mission während eines Beobachtungsflugs 3 km südwestlich von Tschermalyk beschossen**. Es ist wichtig anzumerken, dass dieser Beschuss frühzeitig geplant war, weil die ukrainischen Kämpfer zuvor über Zeit und Ort des Starts der Drohne in Kenntnis gesetzt worden waren.

Alle Sachverhalte werden vom Bericht der OSZE-Mission Nr. 6 vom 12.01.2022 bestätigt.

**Im Zusammenhang mit der Zunahme der Zahl der nicht kampfbedingten Verluste** der operativ-taktischen Gruppierung „Ost“ in der Folge dessen, dass Soldaten auf eigene Minen geraten, und aufgrund nicht ordnungsgemäßer gegenseitiger Beziehungen, haben die Sanitätseinheiten und medizinischen Einrichtungen in der OOS-Zone ein ernstes **Defizit an Blutkonserven zur Behandlung der verletzten Kämpfer**.

Um eine Blutbank zu schaffen, hat der Kommandeur der operativ-taktischen Gruppierung „Ost“ Tarnawskij beschlossen, in den unterstellten Einheiten einen „Tag des Blutspenders“ zu organisieren. Die Kommandeure der Einheiten sind angewiesen, für die Blutspenden aus jeder Kompanie mindestens 15 Mann heranzuziehen.

Es ist festzustellen, dass 30 Prozent der „Spender“ den medizinischen Anforderungen aufgrund von Alkohol im Blut nicht entsprechen. Der „Tag des Blutspenders“ wurde durch Entscheidung des Kommandeurs der operativ-taktischen Gruppierung „Ost“ auf den 16. Januar verschoben.

**Das Kommando der OOS verheimlicht weiter die reale epidemiologische Lage in den Verbänden und Truppenteilen.**

So wächst nach Angaben unserer Quellen der Krankenstand aufgrund der Coronavirusinfektion in den Verbänden der ukrainischen Streitkräfte weiter an. Allein in der 25. Brigade wurden in den letzten 24 Stunden neun Soldaten aus dem 503. Bataillons mit der Diagnose Coronavirus isoliert. Nach Mitteilungen von Verwandten von Soldaten der Brigade in den sozialen Netzwerken werden alle Erkrankten mit Paracetamol behandelt und gegenüber dem Kommando der operativ-taktischen Gruppierung „Ost“ verheimlicht.

Außerdem sind Fälle von Verheimlichung durch Brigadekommandeure festzustellen, die vorsätzlich nicht über leichte Formen von Erkrankungen von Kämpfern berichten und diese zwingen, weiter Dienst an der Kontaktlinie zu tun, da Personal fehlt.

snanews.de: **Stoltenberg verspricht Schweden und Finnland „ziemlich raschen“ Nato-Beitritt**

Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg hat sich zuversichtlich gezeigt, dass ein möglicher

Beitritt von Finnland und Schweden zu dem Bündnis ziemlich schnell vonstattengehen könnte, falls die beiden Länder eine derartige Absicht bekunden sollten. Seiner Ansicht nach erfüllen Schweden und Finnland bereits heutzutage die Standards des Bündnisses.

Bei einer Pressekonferenz mit dem estnischen Präsidenten, Alar Karis, in Brüssel am Donnerstag wollte man von Stoltenberg angesichts der letztlich intensiv diskutierten Frage eines möglichen Nato-Beitritts von Finnland und Schweden wissen, ob es einen schnellen Weg für solch einen Beitritt gebe – falls diese Länder tatsächlich einen derartigen Wunsch bekunden würden.

Stoltenberg wies darauf hin, dass die beiden Staaten zu den Nato-Partnern mit erweiterten Beteiligungsmöglichkeiten zählten. Die Allianz habe mit Schweden und Finnland zusammengearbeitet und gemeinsame Übungen wie auch Trainings abgehalten.

„Sie erfüllen in den meisten Bereichen die Nato-Standards und verfügen über sehr gut organisierte wie auch gut verwaltete Verteidigungs- und Sicherheitsinstitutionen, sodass sie in vielerlei Hinsicht der Nato nahe stehen. In diesem Sinne kann es also sehr schnell gehen, wenn sie sich für eine Bewerbung entscheiden“, betonte er.

Jedoch erfordere ein Nato-Beitritt eine politische Entscheidung – sowohl seitens der Bewerber als auch seitens der Mitglieder des Bündnisses, hob Stoltenberg hervor: „Am Ende wird es eine politische Entscheidung geben, die in Schweden und Finnland getroffen werden muss, wenn sie einen Antrag stellen wollen, und es wird auch eine politische Entscheidung unter den 30 Mitgliedern geben. Aber ich denke, es ist ziemlich offensichtlich, dass, da wir schon so nah sind, wenn der politische Wille da ist, der ganze Prozess ziemlich schnell gehen kann“.

Anfang Januar hatte Stoltenberg Gespräche mit dem finnischen Präsidenten, Sauli Niinistö, und der schwedischen Premierministerin, Magdalena Andersson, abgehalten. Dabei betonte der Nato-Generalsekretär, das Nordatlantische Bündnis unterstütze „das Recht jeder Nation, ihre eigenen Sicherheitsmaßnahmen zu bestimmen“.

Die stellvertretende US-Außenministerin, Victoria Nuland, hatte ebenfalls erklärt, dass die USA bereit seien, die Möglichkeit eines Nato-Beitritts mit Finnland und Schweden zu erörtern, wenn diese Länder einen solchen Wunsch äußern würden.

Bei der Pressekonferenz wurde Stoltenberg auch gefragt, ob Vorschläge zur Stärkung der Militärpräsenz an der südöstlichen Flanke der Nordatlantischen Allianz von Mitgliedsländern wie Rumänien, Bulgarien oder der Türkei unterbreitet worden seien.

„Wir bewerten ständig unsere Präsenz, unsere Aufstellung im östlichen Teil des Bündnisses, und in den letzten Jahren haben wir unsere kollektive Verteidigung in diesem Teil Europas so stark verstärkt wie seit einer Generation nicht mehr“, äußerte Stoltenberg bei einer Pressekonferenz mit dem estnischen Präsidenten, Alar Karis, am Donnerstag.

„Wir werden immer alles tun, was nötig ist, um sicherzustellen, dass es keinen Platz für Missverständnisse und Fehleinschätzungen hinsichtlich des Engagements der Nato und ihrer Fähigkeit gibt, unsere Verbündeten zu verteidigen“, fügte er hinzu. „Ich werde keine Details der verschiedenen möglichen Vorschläge preisgeben, aber die Nato ist immer bereit, alles Nötige zu tun, um alle unsere Verbündeten zu verteidigen“.

Zuvor hatte eine Gruppe von US-Abgeordneten den US-Präsidenten, Joe Biden, in einem Schreiben aufgefordert, zusätzliche Truppen an die Nato-Ostflanke zu entsenden.



[https://cdn1.snnews.de/img/07e5/0c/17/4782059\\_0:253:3050:1969\\_1920x0\\_80\\_0\\_0\\_572d14a1f0a3832cf08b4b6d3cbbc87c.jpg](https://cdn1.snnews.de/img/07e5/0c/17/4782059_0:253:3050:1969_1920x0_80_0_0_572d14a1f0a3832cf08b4b6d3cbbc87c.jpg)

### de.rt.com: **EU-Außenvertreter Borrell: Russland bedroht Stabilität auf dem Kontinent**

Josep Borrell, der Hohe Vertreter der Europäischen Union für Außen- und Sicherheitspolitik, hat erklärt, Russland stelle eine Bedrohung für die Stabilität in Europa dar. Ihm zufolge versuche Moskau, einen Riss zwischen der NATO und den Vereinigten Staaten zu verursachen.

Russland bedrohe die Ukraine mit einer neuen Intervention und gefährde damit die seit langem bestehende europäische Sicherheitsarchitektur. Dies hat der Hohe Vertreter der EU für Außenpolitik, Josep Borrell, vor einem Treffen der EU-Außen- und Verteidigungsminister in Brest am Mittwoch gesagt. Er teilte mit, dass die NATO nun definieren müsse, was sie tun könne, um die europäische Sicherheitsordnung und die ihr zugrundeliegenden Prinzipien aufrechtzuerhalten, die seiner Meinung nach bedroht seien. In seiner Erklärung heißt es: "Russland hat den Vereinigten Staaten und der NATO Vorschläge zur Zukunft der Sicherheit in Europa unterbreitet, die den Grundsätzen der europäischen Sicherheitsarchitektur zuwiderlaufen. Begleitet werden sie von einer militärischen Aufrüstung an der Grenze der Ukraine und der offenen Drohung Russlands, militärische Maßnahmen zu ergreifen, wenn diese Forderungen nicht erfüllt werden."

Borrell warf Russland auch vor, das geopolitische Glacis der Sowjetunion in Europa wiederherstellen zu wollen, und deutete an, dass Moskau die Vereinigten Staaten und die EU aus strategischen Gründen voneinander abkoppeln wolle. Er sagte:

"Russland will die Europäische Union als irrelevant darstellen."

In den letzten Wochen hatte sich die EU frustriert darüber gezeigt, dass sie von Moskau und Washington nicht zu Treffen eingeladen würde. Die EU warf dem Kreml vor, die NATO aus den Diskussionen über die Zukunft Europas ausschließen zu wollen. In einem Interview mit Welt erklärte Borrell:

"Wenn Moskau ab Januar über die Sicherheitsarchitektur in Europa und über Sicherheitsgarantien sprechen will, dann ist das nicht nur eine Angelegenheit zwischen den USA und Russland. Wir wollen und dürfen nicht unbeteiligte Zuschauer sein, über deren Köpfe hinweg Entscheidungen getroffen werden."

Anfang dieser Woche hatten in Genf Gespräche zwischen den USA und Russland stattgefunden. Die stellvertretende US-Außenministerin Wendy Sherman und der stellvertretende russische Außenminister Sergei Rjabkow sprachen fast acht Stunden lang über die von Moskau im Dezember unterbreiteten Vorschläge für rechtsverbindliche Sicherheitsgarantien, einschließlich des Verbots von Waffenplatzierungen und der Beschränkung von Militärübungen in ehemaligen Sowjetrepubliken.



<https://cdn.rtt.com/deutsch/images/2022.01/article/61e02035b480cc4fa2217cdc.jpg>

### **Mil-Inr.su: Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Oberleutnant I.M. Filipenko am 13.1.22**

Nach Angaben von Beobachtern der Vertretung der LVR im GZKK wurden **in den letzten 24 Stunden drei Verletzungen des zweiten Punkts des Komplexes von Zusatzmaßnahmen** zur Verstärkung und Kontrolle des geltenden Regimes der Feueinstellung festgestellt.

In **Richtung Slawjanoserbsk** haben Kämpfer der 57. Brigade von den Positionen im Gebiet von Nowotoschkowskoje aus auf Befehl des Kriegsverbrechers Mischantschuk **Donezkij** mit 120mm-Mörsern, automatischen Granatwerfern und großkalibrigen Maschinengewehren beschossen und acht Mörsergeschosse sowie zehn Granaten abgefeuert.

Infolge des Beschusses wurde die Verglasung von elf Fenstern eines Mehrparteienwohnhauses in der Uliza Furmanowa 44 und ein Wirtschaftsgebäude beschädigt.

Es muss angemerkt werden, dass die ukrainischen Kämpfer bei der Feuerprovokation ein weiteres Mal die ihnen eigene Taktik von Faschisten einsetzten. Indem sie zielgerichtet aus der Umgebung von Nowotoschkowskoje schossen, versteckten sich die Strafruppen hinter friedlichen Einwohnern, was es unseren Soldaten nicht erlaubt, das Feuer zu erwidern, um die Feueraktivität des Gegners zu unterdrücken.

Alle Informationen zu dem Beschuss der Ortschaft wurden mit Foto- und Videomaterialien an die Vertreter der internationalen Organisationen, die sich in der Republik befinden, sowie der Generalstaatsanwaltschaft der LVR übergeben, um ein Strafverfahren gegen den Kriegsverbrecher, den Kommandeur der 57. Brigade Mischantschuk einzuleiten.

In **Richtung Popasnaja** haben Kämpfer der 24. Brigade von den Positionen in der Nähe von Katerinowka aus **Molodjoshnoje** mit Antipanzergrenatwerfern und Schusswaffen beschossen. Zusätzliche Informationen über Opfer unter der Zivilbevölkerung und Zerstörungen werden noch ermittelt.

**Seit Beginn des heutigen Tages** haben Kämpfer der 57. Brigade in **Richtung Slawjanoserbsk** von den Positionen im Gebiet von Pritschepilowka und Krymskoje aus **Shelobok** mit 120mm-Mörsern und Schützenpanzerwaffen beschossen. Außerdem haben Kämpfer der 79. Brigade in Richtung Staniza Luganskaja von den Positionen in der Nähe von Kondraschewskaja Nowaja das Gebiet von **Krasnyj Jar** mit automatischen Granatwerfern und Schusswaffen beschossen. ...

### **snews.de: Lawrow: Moskau wartet auf schriftliche Antwort bezüglich Sicherheitsgarantien**

Die US-Vertreter und der Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg haben laut dem russischen Außenminister Sergej Lawrow versprochen, eine schriftliche Antwort auf Moskaus Vorschläge zu Sicherheitsgarantien zu geben.

„Die Amerikaner haben uns versprochen, sich zu bemühen, aber wir haben ihnen gesagt, dass sie sich sehr bemühen und nächste Woche ihre Gegenvorschläge machen müssen. Stoltenberg, der Generalsekretär der Nato, hat sich im Namen der Nordatlantischen Allianz ebenfalls bereit erklärt, seine Reaktion schriftlich zu geben.“

Der russische Chefdiplomat hat gewarnt, Moskau wolle nicht zu lange auf eine Antwort antworten, dies hatte auch der russische Präsident, Wladimir Putin, in seinen Reden mehrmals betont.

„Uns wurde eine schriftliche Antwort zugesagt, wir werden darauf warten, dann werden wir unsere nächsten Schritte festlegen“, fügte der Minister hinzu.

Gleichzeitig betonte er, dass die Gespräche in Genf zwischen Russland und den Vereinigten Staaten und das Treffen des Nato-Russland-Rates in Brüssel sachlich gewesen seien:

„Die Position des Westens ist ziemlich hart, irgendwo arrogant, kompromisslos, sie wurde dennoch ruhig und sachlich geäußert“.

Moskau hoffe, dass Washington diese Verhandlungen noch überdenke, fügte Lawrow hinzu. Der Minister betonte, dass die russische Seite genauso fest in ihrer Position sei und auch eigene Argumente habe:

„Die Argumente betrafen das Prinzip der Unteilbarkeit der Sicherheit. <...> Wir haben sie beharrlich nicht auf die Nato-Ordnung zurückgeführt, sondern auf die Vereinbarungen, die innerhalb der gesamten euro-atlantischen Gemeinschaft entwickelt wurden“, erklärte er.

Moskau betrachtet die Verhandlungen über Sicherheitsgarantien mit Washington nun als eine seiner Prioritäten, Lawrow nannte dies das Hauptformat.

Die Aussichten für weitere Gespräche würden davon abhängen, wie Washington und Brüssel Russlands Vorschläge wahrgenommen haben, aber die USA und die Nato lehnen laut Lawrow das Recht Russlands ab, eine Nichterweiterung (der Nato – Anm.d.Red.) anzustreben.

„Die Nato zeigt jetzt völlige Verhandlungsunfähigkeit“, präzisierte der Außenminister.

Russland hatte Ende 2021 Entwürfe für zwei Abkommen mit den USA und der Nato veröffentlicht. Darin geht es unter anderem darum, dass die Nato garantieren soll, dass weder die Ukraine noch andere postsowjetische Staaten ins Bündnis aufgenommen werden.

Außerdem sind gegenseitige Sicherheitsgarantien wie die Nichtstationierung von Kurz- und Mittelstreckenraketen in der Reichweite voneinander vorgesehen. Am Montag wurde darüber bei einem russisch-amerikanischen Treffen in Genf und am Mittwoch beim Russland-Nato-Rat in Brüssel diskutiert. Am heutigen Donnerstag soll die Diskussion bei der OSZE in Wien fortgeführt werden.



[https://cdn1.snanews.de/img/07e5/04/1a/1866391\\_0:41:3069:1767\\_1920x0\\_80\\_0\\_0\\_cf99e5032e516808fa619daa44b5b80f.jpg](https://cdn1.snanews.de/img/07e5/04/1a/1866391_0:41:3069:1767_1920x0_80_0_0_cf99e5032e516808fa619daa44b5b80f.jpg)

de.rt.com: **US-Staatssekretärin Nuland: USA arbeiten aktiv an Verzögerung der Zertifizierung von Nord Stream 2**

Während die Spannungen zwischen der US-geführten NATO und Russland von Tag zu Tag zunehmen, gibt man in Washington, D.C. jetzt offen zu, dass man den Genehmigungsprozess in Deutschland für die potenziell wichtige Gaspipeline "verlangsamen" will.

Die USA arbeiten mit den EU-Partnern zusammen, um die Zertifizierung der Erdgaspipeline Nord Stream 2 zu stoppen, und ermutigen Deutschland, die Pipeline nicht offiziell zu genehmigen, sagte die derzeitige Staatssekretärin für politische Angelegenheiten im US-Außenministerium für Victoria Nuland.

Auf einer Pressekonferenz am Dienstag erklärte Nuland, dass man in Washington weitere Sanktionen gegen das System erwägt, falls Russland in die Ukraine eindringen werde. Nuland ist weltweit vor allem für ihren "Fuck the EU"-Kommentar nach dem Maidan-Aufstand in der Ukraine im Jahr 2014 bekannt geworden. Diese Bemerkung kam aus ihrem Mund während eines abgehörten Telefongesprächs zwischen Nuland und dem damaligen US-Botschafter in der Ukraine, Geoffrey R. Pyatt, aus dem klar wurde, dass sie beide gerne selbst (anstelle der EU-Präferenzen) die neue politische Führung des Landes bestimmen wollten.

Der Doppelstrang Nord Stream 2 wurde im September 2021 baulich fertiggestellt, muss aber noch zertifiziert werden und hat daher bis heute noch nicht den Betrieb aufgenommen. Die Pipeline soll mit der gleichen Kapazität wie die nahezu parallel seit 10 Jahren betriebene Leitung Nord Stream 1 Erdgas aus Russland direkt nach Deutschland leiten und lässt dabei naturgemäß Drittländer außen vor, was den Gaspreis für die Abnehmer in Westeuropa erheblich mindern könnte. Washington hat das Projekt bereits seit der Bauphase wiederholt mit Sanktionen belegt und behauptet, es bedrohe die "Energiesicherheit" Europas.

Befürworter der Pipeline haben den USA vorgeworfen, sie versuchten auf zynische Weise, die Pipeline zu stoppen, um eigenes Flüssigerdgas (LNG) auf dem europäischen Kontinent verkaufen zu können. Nuland sinniert nun:

"Was wir jetzt tun, ist, mit den Deutschen zusammenzuarbeiten, mit der EU zusammenzuarbeiten, um ihre Überlegungen zur Umsetzung der Pipeline zu verlangsamen. Die deutsche Regierung hat wichtige Schritte unternommen, um dies zu erreichen, und sie hat auch die Vereinbarung bestätigt, die wir mit der vorherigen Regierung in Bezug darauf hatten, was mit Nord Stream 2 passiert – nämlich, dass das ausgesetzt wird, wenn Russland die Ukraine angreift."

Der Vorgang zur Genehmigung des Projekts, die eigentlich noch in diesem Monat hätte erteilt werden können, wurde Mitte November von der Bundesnetzagentur ausgesetzt, da der Betreiber über keinen Standort in Deutschland verfüge. Obwohl Berlin die Verzögerung lediglich als einen Zwischenstopp bezeichnete, scheinen die USA zu versuchen, daraus einen dauerhaften Abbruch zu machen.

Anfang dieser Woche deutete auch der einflussreiche deutsche CDU-Politiker und Ministerpräsident des Freistaates Sachsen Michael Kretschmer an, dass seiner Meinung nach die USA die umstrittene Erdgaspipeline aus eigennützigen wirtschaftlichen Gründen aus dem Verkehr ziehen wollen. Kretschmer verlautbarte:

"Was uns alle in den letzten Monaten am meisten beschäftigt hat, ist die Gaspipeline Nord Stream 2, die von den Amerikanern aus energiepolitischen Eigeninteressen torpediert wurde."



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.01/article/61e014e7b480cc500e3f0b33.jpg>

**de.rt.com: Baerbock reist nach Moskau – Treffen mit Lawrow für 18. Januar geplant**

Die Pressesprecherin des russischen Außenministeriums Maria Sacharowa hat ein Treffen zwischen dem russischen Außenminister Sergei Lawrow und der deutschen Außenministerin Annalena Baerbock angekündigt. Auf der Agenda werden Moskaus Vorschläge zu Sicherheitsgarantien stehen.

Der russische Außenminister Sergei Lawrow wird am 18. Januar in Moskau das erste persönliche Treffen mit der deutschen Außenministerin Annalena Baerbock abhalten. Das hat die Sprecherin des russischen Außenamtes Maria Sacharowa erklärt:

"Annalena Baerbock wird zu einem Arbeitsbesuch nach Moskau reisen."

Bei dem Treffen sollen der Stand und die Perspektiven der deutsch-russischen Beziehungen erörtert und ein Zeitplan für die politischen Kontakte aufgestellt werden. Einer der Besprechungspunkte werden überdies Moskaus Vorschläge zu Sicherheitsgarantien sein. Wörtlich hieß es:

"Es wird einen ausführlichen Meinungsaustausch über die dringlichsten internationalen Fragen geben, vor allem über das Vorantreiben unserer Vorschläge zu umfassenden Sicherheitsgarantien in Europa."

Überdies werde die Förderung der Zusammenarbeit in den Bereichen wie etwa erneuerbare Energie und Wasserstoffenergie sowie Klimaschutz und Umwelt angesprochen.

Im Dezember hatte Lawrow in einem Interview mit RT mitgeteilt, dass Baerbock die Einladung angenommen habe, Russland zu besuchen. Die Außenministerin selbst wies darauf hin, wie wichtig es sei, den Dialog mit Russland aufrechtzuerhalten, um Krisensituationen zu lösen und eine Eskalation zu vermeiden.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.01/article/61e041b9b480cc0c8a321c0e.jpg>

**abends:**

**de.rt.com: Verhandlungspoker mit USA: Moskau schließt russisches Militär auf Kuba und in Venezuela nicht aus**

Nach den Sicherheitsgesprächen mit den USA und der NATO bezeichnete der russische Vizeaußenminister Sergei Rjabkow die Position des Westens als hinterlistig und heuchlerisch. Der Diplomat schloss eine Stationierung von russischer Militärfähigkeit auf Kuba und in Venezuela nicht aus.

Russlands Vizeaußenminister Sergei Rjabkow hat nach den Sicherheitsgesprächen zwischen Russland, den USA und der NATO in einem Interview mit dem Fernsehsender RTVI erklärt, dass der Dialog über die Sicherheitsgarantien, die Moskau vom Westen fordert, auf verschiedenen Ebenen und über diverse Kanäle fortgesetzt werde. Gleichzeitig zeigte er sich darüber enttäuscht, dass es keinen Durchbruch gegeben habe. Das Hauptproblem bestehe darin, dass die USA und ihre NATO-Verbündeten unter keinen Umständen bereit seien, den wichtigsten Forderungen Russlands entgegenzukommen.

"Ohne jegliche Klarstellung dessen, ob die Gegenseite irgendeine Kapazität, ein Flexibilitätsvermögen hat, um an den ernsthaften Themen zu arbeiten, sehe ich keinen Grund, uns in den kommenden Tagen wieder an den Tisch zu setzen, uns wieder zu treffen und dieselben Beratungen wieder zu ergreifen."

Der Diplomat sagte, Russland brauche keine bloßen Kommentare oder mündlichen Erklärungen. Man brauche Texte und schriftliche Kommentare, wenn man eine richtige Vereinbarung treffen wolle. Die Position des Westens hinsichtlich eines Beitritts der Ukraine und Georgiens zur NATO bezeichnete Rjabkow als hinterlistig und heuchlerisch.

"Im westlichen Lager fällt einfach niemandem ein, dass jemand seine eigenen Sicherheitsinteressen haben kann. Im NATO-Kreis konzentriert man sich einzig und allein auf die Interessen dieser Allianz."

Russland sei derzeit der wichtigste Gegner der NATO, nur weil es danach strebe, seine Interessen fest und konsequent zu verteidigen. Das Land sei einem ständigen militärischen Druck des Westens ausgesetzt, der mit seinen Provokationen die Festigkeit der russischen Führung teste. Die USA unterschätzten Russland und sein Potenzial. Sollte Washington neue Sanktionen verhängen, würde die Regierung in Moskau Alternativen finden:

"Russland knickte niemals unter Druck ein. Es ließ sich niemals bedrohen und erpressen."

Die Möglichkeit, dass Russland seine Militärfähigkeit zum Beispiel auf Kuba und in Venezuela stationieren könnte, wollte Rjabkow weder bejahen noch ausschließen.

Der Diplomat sprach sich für die Fortsetzung der Verhandlungen aus. Dialog sei immer besser

als Konfrontation.

Im Dezember 2021 hatte Russland von den USA und der NATO Sicherheitsgarantien gefordert und einen Abkommensentwurf veröffentlicht. Moskau forderte unter anderem schriftliche Versicherungen, dass sich das westliche Militärbündnis nicht mehr nach Osten erweitern würde. Am 9. und 10. Januar verhandelten eine russische und eine US-amerikanische Delegation in Genf. Am 12. Januar fand in Brüssel eine Sitzung des Russland-NATO-Rates statt.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.01/article/61e05daeb480cc0cdb5a866b.jpg>